

DER KOSOVO-KRIEG

Wendepunkt für die Bundeswehr

Die humanitäre Katastrophe wurde nicht verhindert. Im Gegenteil. Die völkerrechtswidrige militärische Intervention der NATO hat die Flüchtlingsströme verstärkt, die Gewalt im Kosovo eskalieren lassen. Heute ist dieses Land weiter vom Frieden und einem multiethnischen Miteinander entfernt als jemals zuvor, trotz NATO-Krieg und trotz der jetzt stationierten Friedenstruppen.

Eine bessere Schlussfolgerung wäre gewesen, in zivile Konfliktbearbeitung zu investieren und die Militärausgaben radikal zu kürzen. Das Gegenteil ist der Fall: Die Bundeswehr soll „modernisiert“ werden. So will es jedenfalls Minister Scharping und nach Beschluss vom 14. Juni 2000 auch das Kabinett.



Die Bundesregierung beabsichtigt die Gunst der Stunde zu nutzen, um als „Lead Nation“ im europäischen Kontext mit Frankreich und Großbritannien nun auch militärisch gleich zu ziehen. *„Die Fähigkeit, im kompletten Einsatzspektrum bis hin zu Konflikten mit hoher Intensität handeln zu können, muss künftig über große Entfernungen glaubhaft und dauerhaft sichergestellt werden“*, so Scharping.



Krieg ist Krieg - auch wenn aus 5000m Höhe Bomben abgeworfen werden. Sie treffen Infrastruktur (wie die Fabriken in Jugoslawien) oder auch direkt die Menschen., in diesem Fall unbeabsichtigt einen albanischen Flüchtling: ein sogenannter "Kollateralschaden".



Deutsche Soldaten im Training für den Kosovo-Einsatz in Strumica, Mazedonien, am 18. März 1999 - wenige Tage vor dem Luftkrieg gegen Jugoslawien.

Unter der deutschen Präsidentschaft werden Anfang 2000 die strukturellen Voraussetzungen innerhalb der EU geschaffen, um zukünftig auch ohne NATO-Mandat militärisch agieren zu können. Neben diesen strukturellen Voraussetzungen sind hierzu auch militärtechnische Veränderungen notwendig: Aus dem Verkaufserlös klassischer Defensivwaffen und dem Einsparvolumen durch Umstrukturierungen bei der Bundeswehr sollen große Transportflugzeuge, punktgenaue High-Tech-Waffen und Spionagesatelliten angeschafft werden. *"Der Einsatz deutscher Landstreitkräfte außerhalb Deutschlands rückt in den Mittelpunkt der Überlegungen"*. (Generalinspekteur der Bundeswehr a.D., Hans Peter von Kirchbach am 23. Mai 2000)



"Auf ihrem Gipfeltreffen in Mainz haben Deutschland und Frankreich einen engen Schulterschluss bei den EU-Reformen und in der Rüstungspolitik demonstriert. So vereinbarten beide Länder, zusammen 125 Großraum-Transportflugzeuge vom Typ Airbus A400M zu kaufen - Kostenpunkt 20 Milliarden Mark. Ferner wurde der Aufbau eines gemeinsamen Satellitensystems zur Militäraufklärung verabredet." Berliner Rundfunk, 9. Juni 2000, 19-Uhr-Nachrichten



Arbeitsstelle Frieden

im Amt für Evangelische Kinder- und Jugendarbeit der Evangelischen Landeskirche in Baden